



Zukunftsregion Salzachtal

Regionalstrategie Daseinsvorsorge





Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)
„Interkommunale Kooperation Salzachtal“
Forschungsfeld „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“.
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Stand: 07.10.2013

Bearbeiter:
BBV LandSiedlung GmbH
Dipl.-Ing. Susanne Schlagbauer
Susanne Geierhos M.Sc.

Inhalt

Grußwort	4
1 Einführung.....	5
2 Die demografische Entwicklung in der Region Salzachtal.....	7
2.1 Bevölkerungsvorausschätzung	7
3 Die Handlungsfelder.....	9
3.1 Pflege und soziale Betreuung	9
3.1.1 Ausgangssituation	9
3.1.2 Ziele und Maßnahmen	9
3.2 Bildung/ Ausbildung, Kinderbetreuung und Jugendarbeit	13
3.2.1 Ausgangssituation	13
3.2.2 Ziele und Maßnahmen	13
3.3 Gesundheit/ ärztliche Versorgung	17
3.3.1 Ausgangssituation	17
3.3.2 Ziele und Maßnahmen	17
3.4 Brand- und Katastrophenschutz	21
3.4.1 Ausgangssituation	21
3.4.2 Ziele und Maßnahmen	21
3.5 Siedlung/ Wohnen/ Leerstand	24
3.5.1 Ausgangssituation	24
3.5.2 Ziele und Maßnahmen	24
3.6 Nahversorgung	27
3.6.1 Ausgangssituation	27
3.6.2 Ziele und Maßnahmen	27
3.7 Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr	31
3.7.1 Ausgangssituation	31
3.7.2 Ziele und Maßnahmen	31
4 Zusammenfassung und Ausblick	36

Grußwort

1 Einführung

Daseinsvorsorge ist eine Schlüsselaufgabe, der die Kommunen im ländlichen Raum gegenüberstehen. Um diese Aufgabe zu meistern, haben sich die vier Kommunen Fridolfing, Kirchanschöring, Taching am See und Tittmoning zur „Zukunftsregion Salzachtal“ zusammengetan.

Als eine von 21 bundesweiten Modellregionen des „Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge“, finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, hat sich die Region knapp 2 Jahre lang mit den regional bedeutendsten Handlungsfeldern beschäftigt und die darin anstehenden Herausforderungen diskutiert. Die Herausforderungen liegen dabei eher selten in der klassischen Standortsicherung. Vielmehr geht es um die Sicherung der aktuell guten Ausgangslage und die rechtzeitige Anpassung auf sich abzeichnende Veränderungen. So wird gewährleistet, dass die Region sich auf Veränderungen einstellen kann, so lange noch Möglichkeiten zum Handeln und zur Gestaltung durch die Kommunen bestehen.

Dabei gilt es in unterschiedlichster Weise zu kooperieren, sei es bei der Vertretung gemeinsamer Interessen, zum Beispiel im Rahmen landkreisweiter Konzepte, oder beim Austausch und der Zusammenarbeit der Akteure vor Ort. Die Regionalstrategie Daseinsvorsorge der Zukunftsregion Salzachtal soll ein weiterer großer Schritt der Kommunen sein, sich mit den durch den demografischen Wandel bedingten Veränderungen auseinanderzusetzen.

Die Handlungsfelder sind:

- Pflege und soziale Betreuung
- Bildung/ Ausbildung, Kinderbetreuung und Jugendarbeit
- Gesundheit/ ärztliche Versorgung
- Brand- und Katastrophenschutz
- Siedlung/ Leerstand/ Wohnen
- Nahversorgung
- Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr

Zu jedem dieser Handlungsfelder wurden Daten erhoben, die bereits im Mai 2013 in einem Zwischenbericht der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wurden¹. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in der Region – prognostiziert von Spiekermann und Wegener und kurz in Kapitel 2 zusammengestellt – wurden in regelmäßigen Treffen der gemeindeübergreifenden Arbeitsgruppen anhand erhobener Daten die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen bestimmt und die Ziele für die Entwicklung der Region festgelegt. Dazu wurden Maßnahmen formuliert, die dazu beitragen sollen, diese Ziele zu erreichen.

In den folgenden Kapiteln werden diese Ziele und Maßnahmen zu den einzelnen Handlungsfeldern vorgestellt. Sie sind das Ergebnis eines Diskussionsprozesses in der Zukunftsregion Salzachtal, an dem über ein Jahr lang Akteure der Region aus allen vier Kommunen beteiligt waren. Die Maßnahmen sind unterschiedlich stark konkretisiert, und bedürfen in jedem Fall der weiteren Ausarbeitung. Damit jedoch keine der entwickelten Maßnahmen verloren geht, werden sie alle in dieser Strategie dokumentiert, unabhängig davon, ob sie sich auf der Konkretisierungsebene der Idee befinden oder bereits einzelne erste Schritte definiert wurden.

Um aus der Vielzahl der Maßnahmen die bedeutendsten auszuwählen, wurde eine Priorisierung der Maßnahmen vorgenommen. Diese Bewertung erfolgte durch die Lenkungsgruppe des Projekts, aus Sicht der jeweiligen Kommune. Die Lenkungsgruppe ist von den Bürgermeistern der vier Kommunen

¹ Online verfügbar unter: http://www.kirchanschoring.info/gemeinde/front_content.php?idcat=14

besetzt. Die Einordnung der Maßnahmen erfolgte nach folgenden Kategorien:

1= Höchste Priorität: „Das Projekt ist ganz wichtig und soll angegangen werden, bzw. ist einfach umsetzbar.“

2= Mittlere Priorität: „Das Projekt ist wichtig und soll in den nächsten fünf Jahren angegangen werden“

3= Niedrige Priorität: „Das Projekt ist gut, eilt aber im Moment nicht so.“

Da sich für jede Kommune unterschiedliche Bewertungen vornehmen lassen, ergeben sich neben den drei Kategorien rechnerische Zwischenwerte.

Die Prioritäten sind jeweils der Übersichtstabelle in jedem Handlungsfeld beigelegt.

2 Die demografische Entwicklung in der Region Salzachtal

2.1 Bevölkerungsvorausschätzung

Die kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung erfolgte auf Basis eines von Spiekermann & Wegener entwickelten Bevölkerungsmodells, das „auf einem deterministischen Ansatz beruht“ (Spiekermann & Wegener, 2012).² Demnach stellt sich die Bevölkerungsentwicklung in der Modellregion wie folgt dar:

Zwischen 1971 und 2010 nahm die Bevölkerung in der Region um mehr als ein Fünftel zu. Seit 2006 jedoch sind die Zahlen leicht rückläufig. Die vier Gemeinden haben sich in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Abbildung 2 verdeutlicht dies.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006-2011
Fridolfing	4.176	4.140	4.122	4.114	4.105	4.123	-1,3%
Kirchanschöring	3.056	3.089	3.118	3.103	3.106	3.108	+1,7%
Taching am See	1.932	1.928	1.928	1.950	1.955	1.952	+1,0%
Tittmoning	6.030	5.977	5.945	5.914	5.886	5.850	-3,0%
Modellregion (gesamt)	15.194	15.134	15.113	15.081	15.052	15.033	-1,1%

Datengrundlage: Interkommunale Kooperation Salzachtal 2012

Bild 1: Entwicklung der Bevölkerung in den vier Gemeinden der Modellregion, Quelle: Spiekermann & Wegener

Für die Bevölkerungsentwicklung der Region bis 2030 kommt die Vorausschätzung zu folgendem Ergebnis:

Betrachtet man die natürliche Bevölkerungsentwicklung, so nimmt die Bevölkerung zwischen 2011 bis 2030 um 4,2% ab. Diese Entwicklung wird, wenn man die Wanderungen mit in die Betrachtung einbezieht, durch ein positives Zuwanderungssaldo abgeschwächt. Demnach nimmt die Bevölkerung zwischen 2011 bis 2030 um 2% ab.

Gravierender sind die Verschiebungen in der Altersstruktur. Die Altersgruppe der über 65-Jährigen nimmt zwischen 2011 und 2030 um ein Drittel zu. Die unter 20-Jährigen hingegen nehmen um rund 17% ab. In der Altersgruppe der Erwerbsfähigen (20- bis 65- Jährige) geht die Bevölkerung der Modellregion um 7,5% zurück.

² Schwarze, B.; Spiekermann, W.; (2012): Arbeitspapier S&W3/ BY-SAL-1. Kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung 2010 bis 2030 für die Interkommunale Kooperation Salzachtal (Unveröff.)

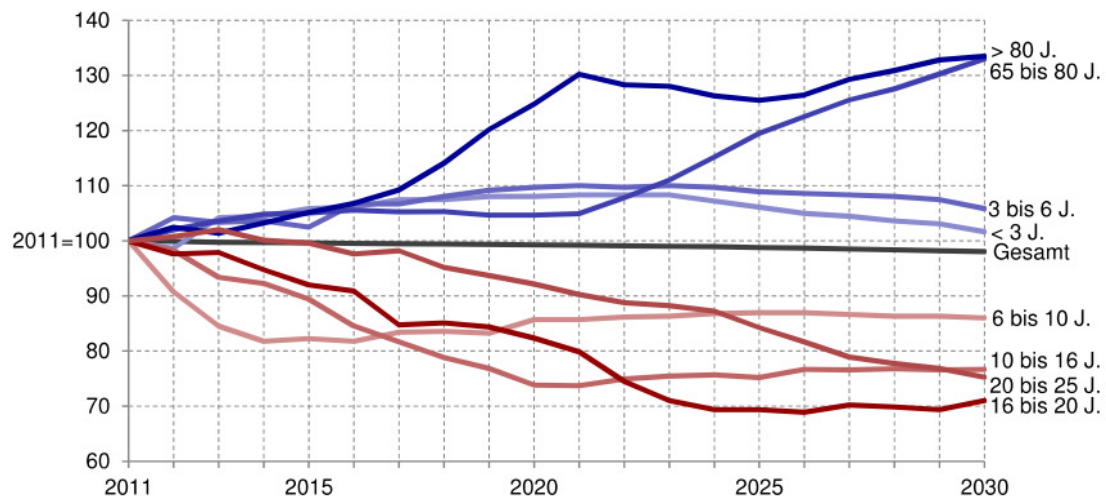


Bild :2 Entwicklung ausgewählter Altersgruppen in der Modellregion 2011-2030 Quelle: Spiekermann & Wegener.

Altersgruppe	2011	2015	2020	2025	2030
< 3 J.	360	381	389	382	366
3 bis 6 J.	360	369	395	392	381
6 bis 10 J.	615	506	527	535	529
10 bis 16 J.	1.085	970	801	816	832
16 bis 20 J.	800	736	659	555	568
20 bis 25 J.	934	930	861	787	703
25 bis 40 J.	2.431	2.467	2.553	2.518	2.418
40 bis 65 J.	5.641	5.668	5.650	5.470	5.205
65 bis 80 J.	2.069	2.173	2.166	2.472	2.752
> 80 J.	738	776	921	926	985
Insgesamt	15.033	14.976	14.922	14.853	14.739

Prozentuale Angaben gegenüber 2011

Bild 3: Prozentuale Angaben zur Bevölkerungsentwicklung in der Region, Quelle: Spiekermann & Wegener, a.a.O.

3 Die Handlungsfelder

3.1 Pflege und soziale Betreuung

3.1.1 Ausgangssituation

Derzeit gibt es in jeder der vier Kommunen Bürgerhilfestellen oder Unterstützungsangebote, sowohl für Senioren als auch für pflegende Angehörige. In der MORO-Region werden zwei Altenpflegeheime betrieben. Außerdem existieren mehrere ambulante Pflegedienste. Die Kapazitäten dieser Pflegeangebote sind zurzeit schon fast bzw. ganz ausgeschöpft. Viele Senioren müssten jetzt schon die Region Salzachtal verlassen um einen Pflegeplatz zu bekommen. Eine Umfrage zu den Vorstellungen über den eigenen Lebensabend hat allerdings ergeben, dass 81,8% der Befragten in ihrer Heimatgemeinde alt werden wollen. Entsprechend hat die Arbeitsgruppe folgende Ziele und Maßnahmen definiert.

Die Grundgedanken an welchen sich die Arbeitsgruppe „Pflege und soziale Betreuung“ in der Diskussion orientierte, waren:

- Würdig alt werden in der Region!
- Wohnen, sich treffen, betreut werden!
- Nicht einsam alt werden!
- Eine gute Zukunft für alte Menschen!

3.1.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Pflege und soziale Betreuung		Priorität
Ziel	Erfahrungsaustausch in der Region intensivieren	
Maßnahmen	Regelmäßige Treffen der Bürgerhilfestellen, der Behindertenbeauftragten und der Seniorenbeauftragten	1
Ziel	Anreize schaffen, um alternative Wohnformen zu verwirklichen	
Maßnahmen	Informationsveranstaltung zu unterschiedlichen Wohnprojekten.	1
	Werbung und Information über bestehende Angebote auch für die Angehörigen (Pressearbeit), z.B. in Wartezimmern, bei Infoständen auf Festen.	1,5
	Ein "Verantwortlicher" in der Region für die Koordination und Information der Angebote alternativer Wohnformen	2
Ziel	Dem Fachkräftemangel in den Pflegebereichen in der Region entgegenwirken	
Maßnahmen	Die Ausbildungschancen an der Salzachklinik sollen erhöht werden: Lücken könnten z.B. durch ein Rotationsverfahren (die Auszubildenden durchlaufen unterschiedliche Schwerpunkte in verschiedenen Institutionen) gedeckt werden.	2
	Darstellung der regionalen Position in einem Positionspapier, Übergabe des Papiers an die relevanten Stellen	1

Ziel	Die Menschen in der Region sollen möglichst lange selbstständig zu Hause leben können.	
Maßnahmen	Dienstleister und Ärzte unterstützen bei der Anreise ihre Kunden/Patienten oder informieren bei der Terminvergabe über die Fahrdienstangebote	1
	gebündelte Angebote für Senioren-WGs oder benachbarte Senioren, z.B. gemeinsame Erledigungen oder Veranstaltungen	2
	Ein "Verantwortlicher" in der Region für die Koordination und die Organisation der Angebote	3
	Ausführliche Informationsveranstaltungen um die bestehenden Unterstützungsangebote besser bekannt zu machen und um Ängste und Hemmnisse abzubauen	1,5
	Aktive Senioren bei der ehrenamtlichen Betreuung einbinden	1,5

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „Erfahrungsaustausch in der Region intensivieren“

Jede der Kommunen verfügt über soziale Institutionen, die mit ihren jeweiligen Angeboten unterschiedliche Erfahrungen gesammelt haben. Von diesem Erfahrungsschatz sollen die anderen MORO-Gemeinden in Zukunft auch profitieren.

Maßnahme „Regelmäßige Treffen der Bürgerhilfestellen, der Behindertenbeauftragten und der Seniorenbeauftragten“

Alle im pflegerischen und sozialen Bereich tätigen Institutionen sollen sich regelmäßig treffen. Dazu gehören die Bürgerhilfestellen, Behindertenbeauftragten und die Seniorenbeauftragten, aber auch der Familienstützpunkt und die TINN e.V. aus Tittmoning, sowie kirchliche Mitarbeiter aus den MORO-Gemeinden. Langfristig sollen Akteure aus Waging am See und Petting mit einbezogen werden. Diese Treffen sollen zu unterschiedlichen Themen stattfinden. Zur Erreichung der in den Treffen formulierten Ziele, die schriftliche festgehalten werden, sollen dann auch Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Die Gemeinde Kirchanschöring hat sich bereit erklärt solche Treffen zu initiieren und bei den administrativen Arbeiten zu unterstützen.

Ziel „Anreize schaffen, um alternative Wohnformen zu verwirklichen“

Eine älter werdende Gesellschaft braucht Wohnraum, der älteren Menschen möglichst lange ein eigenständiges Leben ermöglicht. Damit sind in erster Linie nicht die Plätze in den Pflegeheimen gemeint, sondern barrierefreie Wohnungen und Häuser, die mit kleinen unterstützenden Pflege- und Hilfsangeboten versehen sind. Hier geht es darum innovative Ideen zu realisieren, um älteren Menschen, Wohnraum für ein angenehmes und selbständiges Leben zu schaffen. (siehe hierzu auch Handlungsfeld Siedlung/ Wohnen/ Leerstand)

Maßnahme „Informationsveranstaltung zu unterschiedlichen Wohnprojekten“

Zur Information interessierter Bürger ist eine Veranstaltung geplant, bei der Experten verschieden Wohnformen und ihre Erfahrungen damit vorstellen. Eingeladen werden potentielle Initiatoren und Investoren, Gebäudeeigentümer und alle interessierten Bürger. Die Veranstaltung richtet sich an

Bürger aus allen vier Gemeinden.

Maßnahme „Werbung und Information über bestehende Angebote“

Über bestehende Angebote sollen auch pflegende Angehörige durch die Presse, Informationsstände bei Festen, Flyer o.ä. informiert werden.

Maßnahme „Ein "Verantwortlicher" in der Region für die Koordination und Information der Angebote alternativer Wohnformen“

Siehe Handlungsfeld Siedlung/ Wohnen/ Leerstand

Ziel „Dem Fachkräftemangel in den Pflegebereichen der Region entgegenwirken“

Eine zunehmend ältere Bevölkerung braucht auch mehr Pflegekräfte. Bereits jetzt herrscht in diesem Berufsfeld ein Mangel an Fachkräften in den regionalen Einrichtungen. Dieser Fachkräftemangel soll u.a. reduziert werden in dem bereits die Ausbildung zu den Pflegeberufen in der Region stattfinden kann.

Maßnahme „Die Ausbildungschancen an der Salzachklinik erhöhen“

Siehe Handlungsfeld Bildung/ Ausbildung, Kinderbetreuung und Jugendarbeit.

Maßnahme „Darstellung der regionalen Position in einem Positionspapier, Übergabe des Papiers an die relevanten Stellen“

Der Fachkräftemangel im Bereich Pflege und soziale Betreuung wird von Faktoren bestimmt, die weit über die Region hinaus wirken und vorwiegend auf höheren Ebenen beeinflusst werden können. Die Herausforderungen, vor denen die Region steht, sowie die erarbeiteten möglichen Lösungsansätze wurden in einem gemeinsamen Positionspapier der Arbeitsgruppen „Pflege und soziale Betreuung“ und „Gesundheit und ärztliche Versorgung“ zusammengestellt und werden den relevanten Institutionen und Entscheidungsträgern überreicht.

Ziel „ Die Menschen in der Region sollen möglichst lange selbstständig zu Hause leben können“

Viele ältere Menschen sind in der Lage, sich größtenteils selbstständig zu versorgen, sofern sie unterstützende Angebote vorfinden, die ihnen helfen, den Alltag zu meistern. Gerade wenn die Familie nicht im näheren Umfeld lebt, erleichtern verschiedene Unterstützungsangebote das Leben älterer Menschen ungemain.

Maßnahme „Dienstleister und Ärzte unterstützen bei der Anreise ihre Kunden/Patienten oder informieren bei der Terminvergabe über die Fahrdienstangebote

Dienstleister wie zum Beispiel Friseure oder auch Ärzte können ihre Angebote und Terminvergabe an die Bedürfnisse der Senioren anpassen. So könnte zum Beispiel die Anreise mitorganisiert werden oder bei der Terminvergabe auf vorhandene Fahrdienste Rücksicht genommen werden (siehe auch Handlungsfeld Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr)

Maßnahme „gebündelte Angebote für Senioren-WGs oder benachbarte Senioren, z.B. gemeinsame Erledigungen oder Veranstaltungen“

Nahe beieinander wohnende Senioren, die bestimmte Hilfsangebote, Dienstleistungen oder Ärzte in Anspruch nehmen, sollten gemeinsam organisiert werden, um Fahrdienste oder ähnliche Unterstützungsdienste sinnvoll zu bündeln und Synergieeffekte zu nutzen.

Maßnahme Ein "Verantwortlicher" in der Region für die Koordination und die Organisation der Angebote

Ein Verantwortlicher kann in der Region bei der Koordination der Angebote z.B. für Senioren-WGs hilfreich sein.

Maßnahme „Ausführliche Informationsveranstaltungen um die bestehenden Unterstützungsangebote besser bekannt zu machen(und um Ängste und Hemmnisse abzubauen)“

Bestehende Angebote sind nicht immer in ausreichendem Maße bekannt oder werden nicht angenommen. Ein Grund dafür, dass die Angebote nicht angenommen werden, wird darin vermutet, dass viele Leute Hemmungen haben, sich für diese Angebote zu melden. Oftmals braucht es auch eine gewisse Gruppendynamik, Einzelpersonen gehen selten alleine auf die Anbieter zu. Um diese Angebote auch bei Angehörigen bekannter zu machen und um die Scheu zu nehmen, soll eine breit aufgestellte Informationsstrategie über viele verschiedene Kanäle den Bekanntheitsgrad der Angebote erhöhen und auch durch bekannte Ansprechpartner die Hemmungen und Ängste senken.

Maßnahme „Aktive Senioren bei der ehrenamtlichen Betreuung einbinden“

Aktive Senioren der Altersgruppen 65+ sollen in die ehrenamtlichen Tätigkeiten im Bereich Pflege und Soziales mit eingebunden werden und könnten bei der ehrenamtlichen Betreuung der Hochbetagten unterstützen. Um diese Ehrenamtlichen besser koordinieren zu können, muss der Bedarf am Ehrenamt ermittelt werden. Sollten die Ehrenamtlichen geschult werden müssen, können diese Schulungen auf interkommunaler Ebene für alle vier Gemeinden gemeinsam stattfinden. Auch die kirchlichen Angebote sollen miteinbezogen werden.

Diese Maßnahmen im Ehrenamt wird auch im Projekt „Generationenvertrag“ vertiefend behandelt werden.

3.2 Bildung/ Ausbildung, Kinderbetreuung und Jugendarbeit

3.2.1 Ausgangssituation

Jede der Kommunen hat eine Grundschule und mindestens einen Kindergarten. Insgesamt gibt es in der MORO-Region acht Kindergärten, wovon in sieben Kindergärten die Möglichkeit besteht, Kinder unter 3-Jahren dort zu betreuen. Möglichkeiten der Mittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder sind teilweise vorhanden, werden aber auch sehr unterschiedlich angenommen. Die MORO-Region verfügt über eine Mittelschule mit Standorten in den Kommunen Tittmoning, Fridolfing und Kirchanschöring. Die Mittelschüler aus Taching am See gehen auf die Mittelschule in Waging am See. Im Bereich Ausbildung muss sich die Region mit einem Fachkräftemangel auseinandersetzen. Vor allem das Handwerk hat Probleme alle Ausbildungsplätze mit Lehrlingen zu besetzen. Auch in den Pflegeberufen herrscht vor Ort Fachkräftemangel. Um diesem Fachkräftemangel beizukommen, sollen die Ausbildungschancen in der Region erhöht werden.

Die Hauptthemen des Handlungsfeldes sind

- Die Sozialkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu steigern.
- Den Mittelschulstandort durch zusätzliche Angebote attraktiver zu machen und dadurch für die Zukunft zu erhalten.
- Dem Fachkräftemangel in der Region entgegenwirken.

3.2.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Bildung/ Ausbildung, Kinderbetreuung und Jugendarbeit		Priorität
Ziel	Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung des Mittelschulstandort	
Maßnahmen	Kontinuierliche berufspraktische Begleitung an der Mittelschule	1
	Einbindung der regionalen Wirtschaft: Kooperation zwischen Schule und Lehrbetrieben	1
	Einrichtung von Lehrwerkstätten und Erweiterung bestehender Ausstattungen	1
Ziel	Attraktivität der (Freizeit)Angebote für Jugendliche erhöhen	
Maßnahmen	Zusammenarbeit der Trägerorganisationen intensivieren	1,5
	Aktionstage "gemeinnützige Arbeit für Jugendliche"	2
Ziel	Dem Fachkräftemangel in der regionalen Wirtschaft des Salzachtales entgegenwirken	
Maßnahmen	„Seniorenmentoren“ für Lehrlinge, sollen kurzfristig helfen Lücken zu schließen (z.B. Kopfrechentraining etc.)	2
	Die Ausbildungschancen an der Salzachklinik erhöhen: Lücken könnten z.B. durch Rotationsverfahren (die Auszubildenden durchlaufen unterschiedliche Schwerpunkte in unterschiedlichen Institutionen) gedeckt werden.	2

Ziel	Gemeindeübergreifende Kooperation in der Kinderbetreuung, nach Bedarf.	
Maßnahme	Babysitterpool und Wunschomas/Wunschopas	2
Ziel	Unterstützung von Kindern bei der Entwicklung von sozialer Kompetenz	
Maßnahme	Sozialpädagogische Begleitung der Grundschüler	3
Ziel	„Jedes Kind in einen Verein“	
Maßnahmen	Schnittstellen zwischen Vereinen und Unterricht nutzen	1
	Schulen und Vereine bei kommunalen Vereinsgesprächen zusammenbringen	1

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „Langfristige Sicherung und Weiterentwicklung des Mittelschulstandortes“

Rückläufige Geburtenzahlen in Kombination mit dem Wunsch vieler Eltern ihre Kinder auf das Gymnasium oder die Realschule zu schicken lassen schrumpfende Schülerzahlen an der Mittelschule Salzachtal erwarten. Um aus der Mittelschule eine attraktive Alternative zu den anderen weiterführenden Schulen zu machen, sollen ihr durch ein neues Konzept und durch Projekte ein Alleinstellungsmerkmal verschafft werden.

Maßnahme „Kontinuierliche berufspraktische Begleitung an der Mittelschule“

In einem Folgeprojekt wird ein Konzept erstellt, das berufspraktische Elemente langfristig in den Unterricht mit integriert. Um die Mittelschulstandorte in der Region langfristig zu sichern, soll das Profil für die Mittelschule weiterentwickelt und geschärft werden. Die Mittelschule soll als Synonym für kontinuierliche berufsorientierte Ausbildung stehen, ein regionalspezifisches Alleinstellungsmerkmal erhalten und den Bedarf an Fachkräften für den handwerklichen Bereich, den touristischen Bereich und den Pflegebereich decken können. So sollen auch die Jugendlichen noch stärker an die Region gebunden werden, um möglichst alle potentiellen Fachkräfte in der Region zu halten.

Maßnahme „Einbindung der regionalen Wirtschaft: Kooperation zwischen Schulen und Lehrbetrieben“

Im oben genannten Konzept spielen auch die regionalen Betriebe eine Rolle. Sie können sich innerhalb dieses Projektes, oder auch bei anderen Projekten, in den Schulalltag integrieren. Dadurch können Schüler und Eltern die beruflichen Chancen und Möglichkeiten, die die Region bietet, kennen- und schätzen lernen.

Maßnahme „Einrichtung von Lehrwerkstätten und Erweiterung bestehender Ausstattungen“

Die Werkräume, aber auch die Küche, die Haushalträume, etc., der Schulen sollen so eingerichtet werden, dass die Schüler lernen verschiedene Handwerke, Materialien und Bearbeitungsweisen kennenlernen und dieses Wissen mit in ihre Berufswahl einbeziehen können.

Ziel „Attraktivität der (Freizeit)Angebote für Jugendliche erhöhen“

Die vorhandenen Angebote für Kinder und Jugendliche sollen aufeinander abgestimmt und gemeinsam neue Angebote entwickelt werden. Damit können die regionalen Kräfte insbesondere im

Bereich der Jugendarbeit gebündelt werden und attraktivere Angebote können entstehen.

Maßnahme „Zusammenarbeit der Trägerorganisationen intensivieren“

Die verschiedenen Organisationen der MORO-Region, sowie der Gemeinden Waging am See und Petting, sollen sich verstärkt untereinander austauschen und in verschiedenen Projekten, auch interkommunal, zusammen arbeiten. Es soll auch einen Runden Tisch mit den Trägerorganisationen und den Jugendpflegern geben.

Maßnahme „Aktionstage ,gemeinnützige Arbeit für Jugendliche““

Ein kommunenübergreifendes Projekt soll Jugendlichen ermöglichen körperlich zu arbeiten. Nicht allen Jugendlichen in der Region steht die Möglichkeit offen, sich körperlich zu betätigen. Das Projekt soll überschaubar und kontrollierbar sein und könnte beispielsweise in Form von Aktionstagen durchgeführt werden. Die Jugendlichen sollen finanziell entschädigt werden. Die Umsetzbarkeit dieses Projektes aus arbeitsrechtlicher Sicht muss noch geklärt werden.

Ziel „Dem Fachkräftemangel in der regionalen Wirtschaft des Salzachtals entgegenwirken“

Dem bestehenden und dem drohenden Fachkräftemangel in der Region, vor allem im Bereich Pflege und im Bereich Handwerk, soll langfristig entgegengewirkt werden. In Kombination mit dem Ziel, den Mittelschulstandort zu sichern, werden Maßnahmen ergriffen, die dazu beitragen, den Fachkräftebedarf in der Region zu decken.

Maßnahme „Seniorenmentoren für Lehrlinge, sollen kurzfristig helfen Lücken bei den Lehrlingen zu schließen“

Rüstige und aktive Senioren sollen Auszubildenden an die Seite gestellt werden, um sie zu unterstützen, Nachhilfe zu geben und deren soziale Kompetenzen und Grundkenntnisse (z.B. Kopfrechnen) auszubilden. Vor allem im Bereich Sozialkompetenz ist Unterstützung notwendig. Für die Umsetzung dieser Maßnahme muss geklärt werden, wer als Mentor in Frage käme, welche Firmen einen Bedarf haben. Ein Koordinator der einen Überblick über das zu installierende Mentorennetzwerk hat, wäre außerdem von Nöten. Die Idee der Seniorenmentoren soll mit den regionalen Wirtschaftsbetrieben vertieft werden.

Maßnahme „Die Ausbildungschancen an der Salzachklinik erhöhen“

Die Salzachklinik soll eine Ausbildungsstätte für Berufe im Bereich Pflege und Gesundheit werden. Lücken in der Ausbildung, die die Salzachklinik nicht abdecken kann, sollen in einem Rotationsverfahren mit anderen Einrichtungen geschlossen werden. Zwischen der Salzachklinik und der Pflegeschule in Traunstein besteht bereits ein Kontakt. In nächsten Schritten soll geklärt werden, wie Pflegeschüler an der Salzachklinik eingesetzt werden können.

Ziel: „Gemeindeübergreifende Kooperation in der Kinderbetreuung“

Derzeit kann der Bedarf in der Kinderbetreuung durch jede Kommune alleine gesichert werden, jedoch wird zukünftig erhöhter Handlungsbedarf bestehen. Die Situation gilt es daher weiter zu beobachten, um rechtzeitig reagieren zu können. Eine mögliche interkommunale Zusammenarbeit sollte im Auge behalten werden, da bereits jetzt gemeindeübergreifend die Kinder betreut werden.

Maßnahme: Babysitterpool und Wunschomas/Wunschopas

Derzeit ist der Bedarf an zusätzlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kleinstkinder in den vier Gemeinden ausreichend gedeckt. Sollte sich das ändern und der Bedarf steigen, soll es gemeindeübergreifende Angebote geben. D.h. Familien mit Betreuungsbedarf können sich an eine zentrale Stelle wenden, die dann den Kontakt zu Babysittern weitervermittelt. Außerdem soll es die Möglichkeit für Wunschomas/Wunschopas geben. Wunschomas/Wunschopas sind Senioren die Zeit und Lust haben Kinder meist ehrenamtlich zu betreuen. Dieser Gedanke kann auch im „gemeindeübergreifenden Generationenvertrag“ weiterverfolgt werden.

Ziel: „Unterstützung von Kindern bei der Entwicklung sozialer Kompetenz“

Zunehmend von Bedeutung in der Bildung von Kindern und Jugendlichen ist die Entwicklung von sozialen Kompetenzen. Sozial kompetente Jugendliche sind leichter in der Lage, ihren Beitrag für die Gesellschaft zu leisten und so beispielsweise in der Region ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen.

Maßnahme: „Sozialpädagogische Begleitung der Grundschüler“

In der Region soll ein Grundschulsozialarbeiter installiert werden, der die vier Grundschulen betreut. Als Anregung haben sich Grundschulsozialarbeiterinnen von ProArbeit Rosenheim bereit erklärt ihre Arbeit vor Gemeindevertretern, Lehrern, zukünftigen Arbeitgebern der Schüler und möglichen Geldgebern vorzustellen.

Ziel: „Jedes Kind in einen Verein“

Eine Untersuchung des Landkreises Traunstein hat ergeben, dass Kinder, die sich ehrenamtlich engagieren, weniger oft in Schwierigkeiten geraten. Deshalb wird er mit den Gemeinden versuchen, jedes Kind zu einer Mitgliedschaft in einem Verein zu bringen und ihm so das Ehrenamt näher zu bringen. Die Kinder haben einen Treffpunkt, ein Hobby und einen Ort an dem sie ihren Interessen nachgehen können. Das Projekt „Jedes Kind in einen Verein“ ist eine Initiative des Landkreises, der sich in einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Gemeinden, des Jugendamtes und weiteren Akteuren mit der Umsetzung des Projekts beschäftigt. Die Zukunftsregion Salzachtal hat es als Ziel übernommen und möchte dazu die ersten Schritte in absehbarer Zeit unternehmen.

Maßnahme: „Schnittstellen zwischen Vereinen und Unterricht nutzen“

Die Kinder müssen in den Schulen angeworben werden. Deshalb sollen die Vereine Schnittstellen ihrer Tätigkeiten mit dem Unterricht nutzen und ihren Verein bzw. Tätigkeiten zum passenden Zeitpunkt im Unterricht vorstellen. Auch Arbeitsgruppen und Projekttag können für solche Zwecke genutzt werden.

Maßnahme: „Schulen und Vereine bei kommunalen Vereinsgesprächen zusammenbringen“

Damit die Vereine mit den Schulen ins Gespräch kommen und diese Ziel gemeinsam weiterverfolgen können, werden die Schulen zu den Vereinsgesprächsabenden der Kommunen eingeladen.

3.3 Gesundheit/ ärztliche Versorgung

3.3.1 Ausgangssituation

In der MORO-Region befindet sich in Fridolfing die Salzachklinik, mit internistischer und chirurgischer Abteilung.

In jeder Gemeinde gibt es derzeit mindestens einen Allgemeinarzt. Allerdings werden von den Allgemeinärzten in der MORO-Region einige aus Altersgründen nicht mehr lange praktizieren. Nachfolger, die deren Praxen übernehmen würden, sind aus verschiedenen Gründen schwer zu finden. Der Besuch bei einem Facharzt ist meist mit einer längeren Anfahrt verbunden. Bei einer Umfrage wurden Lücken vor allem im Bereich der Augenheilkunde, der Orthopädie und den HNO-Ärzten bemängelt.

Daher ist es Aufgabe der Daseinsvorsorge, die derzeitige gute ärztliche Versorgung, insbesondere die hausärztliche Versorgung jeder einzelnen Kommune, sowie die Erhaltung der Salzachklinik Fridolfing langfristig zu sichern. Zudem soll ein möglichst breites Spektrum an Fachärzten mit zumutbaren Erreichbarkeiten für die Patienten erhalten und ausgebaut werden. Viele Herausforderungen können jedoch die Kommunen nicht alleine bewältigen. Daher wurde ein Positionspapier erarbeitet in Verbindung mit dem Handlungsfeld „Pflege und soziale Betreuung“, das die wesentlichen politischen Änderungsbedarfe formuliert.

3.3.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Gesundheit/ ärztliche Versorgung		Priorität
Ziel	Ein Hausarzt bzw. ein Hausarztstandort in jeder Gemeinde	
Maßnahmen	Dorfschwester zur Unterstützung eines Landarztes	2
	Druck auf die Kassenärztliche Vereinigung steigern, Gespräch mit einem Vertreter suchen.	1
Ziel	Verbesserung der fachärztlichen Versorgung und Erweiterung des Spektrums der Fachärzte	
Maßnahme	orthopädische und unfallchirurgische sowie internistische Leistungen an der Salzachklinik noch besser bekanntmachen	1
Ziel	Koordination der Wochenend- und Notfalldienste	
Maßnahmen	Das aktuelle Konzept der Wochenenddienste erhalten, weiterentwickeln und langfristig sichern	1
Ziel	Langfristiger Erhalt der Salzachklinik	
Maßnahme	Orthopädische und unfallchirurgische Leistungen an der Salzachklinik besser bekanntmachen	1
	Die Ausbildungschancen an der Salzachklinik erhöhen: Lücken könnten z.B. in Rotationsverfahren (die Auszubildenden durchlaufen unterschiedliche Schwerpunkte in unterschiedlichen Institutionen) gedeckt werden.	2

Ziel	Notarztstandort in der Region Salzachtal erhalten	
Ziel	Verbesserung der Erreichbarkeit der Ärzte und der Salzchlinik	
Maßnahmen	Innerörtliche Fahrdienste	1
	Dienstleister und Ärzte unterstützen bei der Anreise ihre Kunden/Patienten oder informieren bei der Terminvergabe über die Fahrdienstangebote	1

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „ein Hausarzt bzw. Hausarztstandort in jeder Gemeinde“

Vor allem in Anbetracht einer älter werdenden Gesellschaft soll in jeder Kommune das Vorhandensein eines Hausarztes langfristig gesichert werden. Sollte sich für eine Kommune kein Nachfolger finden, müssen innovative Ideen zum Einsatz kommen.

Maßnahme „Dorfschwester zur Unterstützung eines Landarztes“

Zur Unterstützung des Landarztes in seinem umfangreichen Aufgabengebiet kann es langfristig zielführend sein, sogenannte „Dorfschwestern“ zu etablieren. Diese Dorfschwester ist Ansprechpartnerin für kleinere gesundheitliche Beschwerden und kann so den Hausarzt entlasten.

Maßnahme „Druck auf die Kassenärztliche Vereinigung steigern, Gespräch mit einem Vertreter suchen“

Viele Rahmenbedingungen, die die Verteilung der Ärzte umfassen, liegen im Verantwortungsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung. Um diese Rahmenbedingungen richtig auszulegen und um Kritikpunkte an richtiger Stelle zu äußern, wird das Gespräch mit einem oder mehreren Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung gesucht.

Ziel „Verbesserung der fachärztlichen Versorgung und Erweiterung des Spektrums der Fachärzte“

Die fachärztliche Versorgung in der Region ist vor allem dank der Salzachklinik Fridolfing grundsätzlich gewährleistet. Dennoch gibt es oder drohen Versorgungslücken, bzw. ist das fachärztliche Angebot in der Region nicht ausreichend publik. Ziel ist es daher, den derzeitigen Standard der fachärztlichen Versorgung zu halten und weiter auszubauen.

Maßnahme „orthopädische und unfallchirurgische sowie internistische Leistungen an der Salzachklinik noch besser bekanntmachen“

Die Bevölkerungsumfrage hat ergeben, dass im Bereich Orthopädie Versorgungslücken vorhanden wären, obwohl es diese Leistungen an der Salzachklinik gibt. Deshalb sollen die Leistungen der Salzachklinik im orthopädischen und unfallchirurgischen Bereich sowie im internistischen Bereich bei der Bevölkerung noch besser bekannt gemacht werden. Bisher ist ein Informationsartikel in allen Gemeindeblättern angedacht.

Ziel „Koordination der Wochenend- und Notfalldienste“

Die Koordination der Wochenend- und Notfalldienste reicht über die Regionsgrenzen hinaus. Derzeit

ist die gesundheitliche Versorgung nachts und am Wochenende geregelt. Jedoch zeichnen sich bereits jetzt die Grenzen des bestehenden Konzeptes ab. Daher wird am 1. Oktober 2013 an der Salzachklinik eine Wochenendbereitschaftspraxis eröffnet, die zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung am Wochenende beiträgt. Allerdings scheint das für eine längerfristige Daseinsvorsorge als alleinige Maßnahme nicht ausreichend. Langfristig gilt es daher, die Entwicklungen im Auge zu behalten, um gemeinsam rechtzeitig auf gravierende Veränderungen angepasst reagieren zu können.

Maßnahme „Das aktuelle Konzept der Wochenenddienste erhalten, weiterentwickeln und langfristig sichern“

Das aktuelle Konzept der Wochenenddienste funktioniert unter den aktuellen Bedingungen. Doch gehen die Ärzte bereits jetzt an ihre Grenzen. Deshalb ist es wichtig das aktuelle Konzept dahingehend anzupassen, dass auch in Zukunft Ärzte bereitwillig Wochenenddienste übernehmen.

Ziel „Langfristiger Erhalt der Salzachklinik“

Maßnahme „orthopädische und unfallchirurgische sowie internistische Leistungen an der Salzachklinik noch besser bekanntmachen“

Siehe oben.

Maßnahme „Die Ausbildungschancen an der Salzachklinik erhöhen“

Siehe Handlungsfeld Bildung/ Ausbildung, Kinderbetreuung und Jugendarbeit

Ziel „Notarztstandort in der Region Salzachtal erhalten“

Der Notarzteinsatz wird freiwillig von Ärzten vor Ort übernommen und ist in der Region ein wichtiger Baustein für die gesundheitliche Daseinsvorsorge. Die Kommunen bündeln daher ihre gemeinsamen Kräfte, um den Standort in der Region zu halten.

Ziel „Verbesserung der Erreichbarkeit der Ärzte und der Salzachklinik“

Die Erreichbarkeit von Ärzten und der Salzachklinik Fridolfing ist vor allem für weniger mobile Bürger eine Herausforderung. In Anbetracht des Ergebnisses der Bevölkerungsprognose sollen hierfür Ansätze entwickelt werden, die langfristig die jetzige Erreichbarkeit halten und verbessern sollen.

Maßnahme „Innerörtliche Fahrdienste“

Siehe Handlungsfeld Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr.

Maßnahme „Dienstleister und Ärzte unterstützen bei der Anreise ihre Kunden/Patienten oder informieren bei der Terminvergabe über die Fahrdienstangebote“

Dienstleister wie zum Beispiel Friseure oder auch Ärzte können ihre Angebote und Terminvergabe an die Bedürfnisse der Senioren anpassen. So könnte zum Beispiel die Anreise mitorganisiert werden

oder bei der Terminvergabe auf vorhandene Fahrdienste Rücksicht genommen bzw. der Patient über sie informiert werden.

3.4 Brand- und Katastrophenschutz

3.4.1 Ausgangssituation

In der Region Salzachtal sind insgesamt 11 freiwillige Feuerwehren tätig, 2 in der Gemeinde Taching am See, 2 in der Gemeinde Kirchanschöring, 2 in der Gemeinde Fridolfing und 5 in der Stadt Tittmoning. Der Rettungsdienst ist in der Region mit einer Rettungswache, einem Notarztstandort an der Salzachklinik in Fridolfing fest verankert. Hinzu kommen 5 freiwillige Wasserwachten, die ihren Dienst am Waginger und Tachinger See, am Leitgeringer See und am Badese See Fridolfing versehen. Die Ausgangslage der Rettungsdienste ist im Allgemeinen gut, jedoch drohen auch aufgrund der demografischen Entwicklung Veränderungen, die zu einer Verschlechterung der Situation führen. Insbesondere bei dem ehrenamtlich organisierten Teil der Rettungsdienste kann sich langfristig ein Nachwuchsproblem einstellen. Daher sind auf Anregung der Arbeitsgruppe folgende Ziele und Maßnahmen entwickelt worden.

3.4.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Brand- und Katastrophenschutz		Priorität
Ziel	Alle Freiwilligen Feuerwehren sollen langfristig erhalten bleiben, und die vorgeschriebenen Hilfsfristen sollen auch in Zukunft sichergestellt werden.	
Maßnahme	Es werden abgestimmte, gemeindespezifische Feuerwehrbedarfspläne erarbeitet, die bspw. auch abgestimmte Aussagen zur Beschaffung von Fahrzeugen enthalten.	1
	Sicherung der freiwilligen Feuerwehren durch aktive Nachwuchswerbung	1
	Werbung von Quereinsteigern: beim Einwohnermeldeamt, Flyer, Kontaktdaten des jeweiligen Kommandanten und Info über Jugendfeuerwehr	1
	Projekt Feuerwehr im Schulunterricht: Ausbildungselemente der Feuerwehrausbildung in den Schulen	1,5
	Die Kommunen setzen die Feuerwehren in die Lage, z.B. die Schlauchprüfung eigenverantwortlich durchzuführen, die Fragen der Organisation sind in den jeweiligen Kommunen zu klären	1,5
	Gemeinsame Veranstaltung aller Feuerwehren und Rettungsdienste der Region	1
Ziel	Der Notarztstandort sowie die Rettungswache sollen erhalten bleiben	
Ziel	Die freiwilligen Wasserwachten und Sanitätsbereitschaften sind zu erhalten.	

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „Alle Freiwilligen Feuerwehren sollen langfristig erhalten bleiben, und die vorgeschriebenen Hilfsfristen sollen auch in Zukunft sichergestellt werden.“

Die Freiwilligen Feuerwehren spielen in der Region in zweierlei Hinsicht eine wichtige Rolle. Zum einen erfüllen sie eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und müssen so auch zukünftig in der Lage sein,

dieser Aufgabe gerecht zu werden. Zum anderen gelten sie in der ländlichen Gesellschaft als Paradebeispiel für ehrenamtliches Engagement, Teamgeist und Verantwortung. So ist es Ziel in der Region, alle 11 Feuerwehren zu erhalten und die Leistungsfähigkeit auch in Zukunft zu erhalten.

Maßnahme „Es werden abgestimmte, gemeindespezifische Feuerwehrbedarfspläne erarbeitet, die bspw. auch abgestimmte Aussagen zur Beschaffung von Fahrzeugen enthalten.“

Mit Unterstützung von externen Sachverständigen kann für jede Kommune ein Feuerwehrbedarfsplan erstellt werden. Einen gemeinsamen Plan für die gesamte Region zu erstellen ist allerdings nicht zielführend, da es zwischen einigen Feuerwehren der Region kaum Berührungspunkte gibt.

Bei deren Erstellung sollen benachbarte Feuerwehren bzw. deren Gemeinsamkeiten und Schnittmengen mit einbezogen werden. Bei der Definition von Inhalt und Umfang der Bedarfspläne kooperieren die jeweiligen Feuerwehren mit ihrer Kommune. In den 4 Mitgliedsgemeinden des MORO-Projektes werden nur Fahrzeuge nach der jeweils geltenden DIN-Norm beschafft. Ziel muss es bleiben, dass die Fahrzeuge der Norm entsprechen und somit zumindest eine gleiche Grundausstattung haben, also einen gewissen gleichen Standard aufweisen. Die verschiedenen Gewichtsklassen der genormten Feuerwehrfahrzeuge lassen dann Zusatzbeladungen nach den örtlichen Gegebenheiten zu.

Maßnahme „Sicherung der freiwilligen Feuerwehren durch aktive Nachwuchswerbung“

Die bereits bestehenden Maßnahmen zur Nachwuchswerbung werden weiter verfolgt. Dabei greift jede Freiwillige Feuerwehr vorwiegend auf Bewährtes zurück, um das vorhandene Erfahrungswissen optimal zu nutzen.

Maßnahme „Werbung von Quereinsteigern: beim Einwohnermeldeamt, Flyer, Kontaktdaten des jeweiligen Kommandanten und Info über Jugendfeuerwehr“

Quereinsteiger können ausgebildete Feuerwehrleute aus anderen Gemeinden sein, die sich auf Grund eines Umzuges in die Feuerwehr ihres neuen Wohnortes integrieren wollen. Es kann sich aber auch um Erwachsene ohne Feuerwehrausbildung handeln (Spätberufene). Um Zuzügler anzuwerben werden die Kontaktdaten der Kommandanten am Einwohnermeldeamt weitergegeben. Dazu verwendbare Flyer gibt es beim Landesfeuerwehrverband.

Maßnahme „Projekt Feuerwehr im Schulunterricht: Ausbildungselemente der Feuerwehrausbildung in den Schulen“

Diese Maßnahme ist zweiteilig. Einerseits können im Rahmen einer Projektwoche an der Mittelschule Salzachtal Ausbildungselemente der Feuerwehren den Schülern näher gebracht werden.

Grundsätzliches Interesse der Mittelschule dazu besteht. Das Problem hierbei ist, dass ehrenamtlich tätige Feuerwehrleute unter der Woche vormittags kaum zur Verfügung stehen.

Zum zweiten muss überlegt werden, wie andere weiterführende Schulen außerhalb der Region Ausbildungselemente der Feuerwehrausbildung in ihren Unterricht einbinden können. Dazu muss die Region über ihre Grenzen hinweg mit den relevanten Schulen, aber auch mit den dort ansässigen Feuerwehren in Kontakt treten. Sinnvoll wäre es aus Sicht der regionalen Feuerwehren, für die Schüler der 6. Jahrgangsstufe einen „Feuerwehrtag“, wie er bereits in der 3. Jahrgangsstufe durchgeführt wird, anzubieten. Hierzu muss Kontakt mit dem Kultusministerium aufgenommen werden.

Maßnahme „Die Kommunen setzen die Feuerwehren in die Lage, z.B. die Schlauchprüfung eigenverantwortlich durchzuführen, die Fragen der Organisation sind in den jeweiligen Kommunen zu klären“

Insbesondere die Prüfung und Dokumentation sind für die ehrenamtlich tätigen Feuerwehren eine zunehmende Herausforderung. Um optimal auf die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort reagieren zu können, klärt jede Kommune derartige organisatorische Fragen für sich.

Maßnahme „Gemeinsame Veranstaltung aller Feuerwehren und Rettungsdienste der Region“

Auf einer gemeinsamen eintägigen Veranstaltung in der Region sollen alle Feuerwehren sich und ihr Können einem interessierten Publikum präsentieren und so aktiv in die Nachwuchswerbung gehen. Planung und Organisation der Veranstaltung liegt bei den Feuerwehren.

Ziel „Der Notarztstandort sowie die Rettungswache sollen erhalten bleiben“

Siehe Handlungsfeld Gesundheit und ärztliche Versorgung.

Ziel „Die freiwilligen Wasserwachten und Sanitätsbereitschaften sind zu erhalten.“

Ähnlich den Freiwilligen Feuerwehren sind auch die Freiwillige Wasserwacht und die Sanitätsbereitschaften für die Region von großer Bedeutung. Daher gilt auch hier, diese Rettungsdienste zu erhalten und bei Bedarf angemessene Maßnahmen zu entwickeln, um auf zukünftige Herausforderungen reagieren zu können.

3.5 Siedlung/ Wohnen/ Leerstand

3.5.1 Ausgangssituation

Aufgrund der prognostizierten demografischen Entwicklung lag der Schwerpunkt der Diskussion vor allem im Themenfeld „Wohnen im Alter“. In der Region Salzachtal möchten die Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können, was Auswirkungen auf den Wohnungsbestand und die Wohnformen hat.

3.5.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Siedlung/ Wohnen/ Leerstand		Priorität
Ziel	Die Menschen in der Region sollen möglichst lange selbständig zu Hause leben können	
Maßnahme	Information und Beratung zu vorausplanender Bauweise (Neubau, Umbau, Wohnumfeld), z.B. mit Informationsbroschüren und Veranstaltungen. Themen können z.B. sein: Platz für Aufzüge oder nachträglich teilbare Häuser, für mehrere Generationen oder einfach um den Wohnraum zu reduzieren. Bestehende Fördermöglichkeiten auch bei der Bank aufzeigen.	1
	Beratung beim Thema Nachrüsten auf Barrierefreiheit	1,5
	Bei örtlichen Banken Konditionen und Finanzierungsmöglichkeiten speziell für Barrierefreiheit insbesondere für Ältere abfragen.	2
	Planung und Umsetzung der Barrierefreiheit im kommunalen Bauen im öffentlichen Bereich	1,5
	Barrierefreiheit für allgemeine Versorgungsinfrastruktur, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> · Zugang zu Geschäften, Ärzten, Apotheken usw. · Gehwege und Straßenübergänge · Rollatorfreundliche Straßenbeläge Begehung, Beratung und Bewusstseinsbildung durch Behindertenbeauftragten und die Kommunen	1
	"Haustauschbörse": Menschen, denen ihr Haus zu groß wird, können ihr Haus mit jemanden tauschen, der mehr Platz braucht.	3
Ziel	Alternative Wohnformen in der Region bedarfsgerecht etablieren	
Maßnahme	Informationsveranstaltung zu unterschiedlichen Wohnprojekten.	2
	In der Region soll ein vielfältiges Angebot mit unterschiedlichen Modellen geschaffen werden. Folgende Schritte sind notwendig: <ul style="list-style-type: none"> · Bedarfsanalysen · Finden von Organisationsstrukturen · Ausarbeiten von Umsetzungsprojekten 	2
	Regionaler Verantwortlicher für die Organisation und Information der Angebote alternativer Wohnformen	3

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „Die Menschen in der Region sollen möglichst lange selbständig zu Hause leben können“

Entsprechend den Wünschen der Bevölkerung im Salzachtal soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, so lange als möglich in ihrem gewohnten Umfeld zu leben. Dazu müssen bereits frühzeitig Vorkehrungen getroffen werden, vor allem, wenn es sich um Umbauten auf Barrierefreiheit handelt.

Maßnahme „Information und Beratung zu vorausplanender Bauweise (Neubau, Umbau, Wohnumfeld)“

Mit Informationsbroschüren und Veranstaltungen soll dazu angeregt werden im Idealfall beim Neubau bereits über Barrierefreiheit nachzudenken. Themen können z.B. sein: Platz für Aufzüge oder nachträglich teilbare Häuser, für mehrere Generationen oder einfach um den Wohnraum zu reduzieren. Die vielfältigen bestehenden Fördermöglichkeiten sollen auch bei den Bankgesprächen aufgezeigt werden.

Maßnahme „Beratung beim Thema Nachrüsten auf Barrierefreiheit“

Wird es notwendig, auf Barrierefreiheit nachzurüsten, soll in jeder Kommune ein Anlaufpunkt für Beratung vorhanden sein. Dabei können die Kommunen kooperieren, so dass bspw. Bürger aus Taching am See das Angebot der Gemeinde Kirchanschöring nutzen können.

Maßnahme „Bei örtlichen Banken Konditionen und Finanzierungsmöglichkeiten speziell für Barrierefreiheit insbesondere für Ältere abfragen“

Es bestehen immer wieder Unsicherheiten bei den Konditionen der Banken für Ältere. Diese Konditionen sollen durch die Kommunen abgefragt werden und die Bürger darüber informiert werden.

Maßnahme „Planung und Umsetzung der Barrierefreiheit im kommunalen Bauen im öffentlichen Bereich“

Größtenteils setzen die Kommunen bereits jetzt die Anforderungen des barrierefreien Bauens um. Dies soll auch weiterhin und langfristig geschehen, damit alle öffentlichen Bauten den Anforderungen genügen.

Maßnahme „Barrierefreiheit für allgemeine Versorgungsinfrastruktur“

Im halbprivaten Bereich werden die Anforderungen des barrierefreien Bauens noch nicht immer konsequent umgesetzt. Die Kommunen führen daher gemeinsam mit ihren Behindertenbeauftragten und den Seniorenbeauftragten Begehungen durch zur Beratung und Bewusstseinsbildung, vor allem bei:

- Zugängen zu Geschäften, Ärzten, Apotheken usw.
- Gehwegen und Straßenübergängen
- Rollatorfreundlichen Straßenbeläge

Maßnahme „Haustauschbörse.“

Menschen, denen ihr Haus zu groß wird, können ihr Haus mit jemandem tauschen, der mehr Platz braucht. Diese „Börse“ könnte über die Seniorenbeauftragten gesteuert werden.

Ziel „Alternative Wohnformen in der Region bedarfsgerecht etablieren“

Sofern es notwendig wird, dass Senioren aus ihrer Wohnung ausziehen, sollen in der Region genügend unterschiedliche Wohnformen des Bereichs „Wohnen im Alter“ vorhanden sein, so dass es den Älteren ermöglicht wird, in ihrer Heimatregion leben zu können.

Maßnahme „Informationsveranstaltung zu unterschiedlichen Wohnprojekten“

Es werden unterschiedliche Experten eingeladen, die mit verschiedenen Wohnprojekten Erfahrungen haben. Die Veranstaltung soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Damit sollen auch Möglichkeiten zur Umnutzung von Häusern aufgezeigt werden.

Maßnahme „In der Region soll ein vielfältiges Angebot mit unterschiedlichen Modellen geschaffen werden“

Da die Menschen in der Region sehr unterschiedlich sind und unterschiedliche Ansprüche an ihre Wohnung stellen, sollen verschiedene Modelle in der Region umgesetzt werden können. Um die Maßnahme umzusetzen, sind folgende Schritte notwendig:

- Bedarfsanalysen
- Finden von passenden Organisationsstrukturen
- Ausarbeiten von Umsetzungsprojekten

Maßnahme „Regionaler Verantwortlicher für die Organisation und Information der Angebote alternativer Wohnformen“

Für die Initiierung und Realisierung alternativer Wohnprojekte kann es notwendig sein einen Ansprechpartner, Organisator und Koordinator zu installieren. Jemanden der die jeweils passenden Interessierten zusammenbringt, der die Ideen und Projekte untereinander koordiniert und der Ansprechpartner bei rechtlichen, organisatorischen oder die Fördermittel betreffenden Fragen ist.

3.6 Nahversorgung

3.6.1 Ausgangssituation

Derzeit ist die Nahversorgung weitgehend gesichert. Lediglich der Bereich der Drogeriemärkte ist lückenhaft. Die fußläufige Erreichbarkeit der Nahversorger spielt insbesondere bei den Frischwaren, wie Milch oder Fleisch eine große Bedeutung in der Region. Die Sicherung des Ist-Zustands ist daher vorrangige Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dies bedeutet neben der Erhaltung der Versorgung in den Hauptorten auch die Existenzsicherung der kleinen Dorfläden in den Ortsteilen der vier Kommunen.

3.6.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Nahversorgung		Priorität
Ziel	Vorhandene Betriebe müssen gestärkt werden	
Maßnahme	gemeinsame gemeindeübergreifende Werbemaßnahmen in jeder Kommune, z.B. mit Unterstützung der Gewerbevereine.	2
	„Regionalmarketing“ in der MORO-Region	3
Ziel	Jede Kommune versucht den eigenen Bedarf abzudecken, unter Abwägung der Notwendigkeit in der Region	
Maßnahme	Kombination aus Dorfläden und Lieferservice. Der durch den Lieferservice gesteigerte Umsatz ermöglicht ein breiteres Sortiment. Ob ein Lieferant oder ein Dorfladen, oder die Kombination aus beidem die beste Lösung ist muss standortabhängig entschieden werden	2,5
	Projekte der Dorfgemeinschaften, wenn alles andere nicht greift	2,5
	Bei Siedlungsschwerpunkten ist eine möglichst ortsnahe Grundversorgung anzustreben	1
Ziel	Erreichbarkeiten erhalten ggf. verbessern	
Maßnahme	Nahversorger, z.B. Supermärkte sollten auch für Fußgänger und Radfahrer gut zu erreichen sein. (Radwege)	2,5
	Notlösung: Verkaufsfahrer	2,5
Ziel	Bewusstseinsbildung: „Das schätzen was man hat, und dafür sorgen, dass es so bleibt.“	
Maßnahme	Bewusstsein für die kleinen Läden beim Kunden stärken und die Läden attraktiv machen	1
Ziel	(Dezentrale) kleine Läden sind auch in Zukunft wichtig, insbesondere bei einer alternden Gesellschaft mit einer geringeren Mobilität	
Maßnahme	Mehrere kleine Läden als eine Gemeinschaft beliefern lassen oder übergeordnete Läden beliefern kleine Läden als Unterfilialen:erste Schritte: Bedarf bei den kleinen Läden erfragen; Zukunft der Läden erfragen	2
	Unternehmensberater für kleine Läden	3

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „Vorhandene Betriebe müssen gestärkt werden“

Die Ist-Situation in der Region ist gut, dies soll sich auch bei einer veränderten Bevölkerungsstruktur auch zukünftig nicht großartig ändern. Entsprechend sind Maßnahmen zu ergreifen, die die vorhandenen Betriebe unterstützen.

Maßnahme „gemeinsame gemeindeübergreifende Werbemaßnahmen in jeder Kommune, z.B. mit Unterstützung der Gewerbevereine“

Mit Hilfe gemeindeübergreifender Werbemaßnahmen, z.B. einem regionalen Branchenbuch, soll in der Region verstärkt auf die vorhandenen Versorger hingewiesen werden. Ein erstes Treffen, um solche Werbemittel auf den Weg zu bringen, wird durch die Kommunen organisiert. Wesentliche Akteure dabei sind die Gewerbevereine und die Gewerbetreibenden.

Maßnahme „‘Regionalmarketing‘ in der MORO-Region“

Die Stadt Tittmoning befasst sich mit einem Stadtmarketing für den Hauptort. Möglicherweise lassen sich die Erkenntnisse für die Region nutzen, wenn es darum geht, die Überlegungen zu einem gemeinsamen Marketing weiter voran zu treiben. Beim Tittmoninger Stadtmarketing werden gemeinsame Werbemaßnahmen für die Geschäfte der Altstadt entwickelt, dazu steht ein festgelegtes Budget zur Verfügung, über das ein Lenkungsausschuss verfügt. Die Ansätze und Erfahrungen aus der Stadt Tittmoning könnten auf die anderen Kommunen übertragen werden. Dies kann in weiteren Schritten zu einem regionalen Marketing ausgebaut werden.

Ziel „Jede Kommune versucht den eigenen Bedarf abzudecken, unter Abwägung der Notwendigkeit in der Region“

In der Nahversorgung muss die Gradwanderung geschaffen werden, einerseits zwischen der Versorgung die vor Ort zu gewährleisten ist und andererseits den dadurch entstehenden Konkurrenzsituationen mit benachbarten Einrichtungen. In der Region soll daher versucht werden, die Versorgung zu gewährleisten ohne dabei verschärfte Konkurrenzsituationen zu schaffen.

Maßnahme „Kombination aus Dorfläden und Lieferservice.“

Die Erweiterung des Dienstleistungsangebots der Läden kann dazu beitragen, die Standorte zu sichern. Der durch den Lieferservice gesteigerte Umsatz ermöglicht ein breiteres Sortiment. Ob ein Lieferant oder ein Dorfladen, oder die Kombination aus beidem die beste Lösung ist, muss jedoch standortabhängig entschieden werden.

Maßnahme „Projekte der Dorfgemeinschaften, wenn alles andere nicht greift“

Prioritär sollen sich Läden weiterentwickeln, die aufgrund der eigenen Wirtschaftlichkeit lebensfähig sind. Sollte dies jedoch nicht funktionieren und so Lücken in der Nahversorgung entstehen, können Projekte der Dorfgemeinschaften diese Lücken schließen helfen. Oberstes Ziel ist dabei jedoch immer, dass sich die Läden aus sich selbst heraus tragen.

Maßnahme „Bei Siedlungsschwerpunkten ist eine möglichst ortsnahe Grundversorgung anzustreben“

In der Planung neuer Gebiete und auch in der Bestandsentwicklung soll für Läden und Cafes die

Möglichkeit gegeben sein, sich in Wohngebieten anzusiedeln. Darauf soll insbesondere in der Bauleitplanung geachtet werden.

Ziel „Erreichbarkeiten erhalten ggf. verbessern“

Die Erreichbarkeiten der Nahversorger sind vor allem mit den Auto sehr gut, für Radfahrer oder Fußgänger sind diese manchmal schwieriger. Dabei geht es nicht nur um die Entfernung, sondern auch um die Zugänglichkeit vor Ort.

Maßnahme „Nahversorger, z.B. Supermärkte sollten auch für Fußgänger und Radfahrer gut zu erreichen sein. (Radwege)“

Supermärkte in Ortsrandlagen sollen bei der Planung nach Möglichkeit immer mit Radwegen versehen sein.

Maßnahme „Notlösung: Verkaufsfahrer“

Verkaufsfahrer, wie sie in anderen Regionen Deutschlands bereits üblich sind, sind für die Region nicht unbedingt zielführend. Die Erreichbarkeit der Nahversorger soll vorrangig über andere Maßnahmen gewährleistet werden. Verkaufsfahrer können als Maßnahme eingesetzt werden, wenn alle anderen Maßnahmen ergriffen und ausgeschöpft wurden.

Ziel „Bewusstseinsbildung: „Das schätzen was man hat, und dafür sorgen, dass es so bleibt.““

Um die Nahversorgung vor Ort zu sichern muss nicht nur das Angebot vorhanden sein, auch auf Nachfrageseite ist einiges zu tun. Die Bewusstseinsbildung ist daher ein wichtiger Baustein, wenn es darum geht, den Status quo zu erhalten. Dies kann nur über einen kontinuierlichen auf Langfristigkeit angelegten Prozess gelingen.

Maßnahme „Bewusstsein für die kleinen Läden beim Kunden stärken und die Läden attraktiv machen“

Bewusstseinsbildung erfolgt unter anderem durch Werbemaßnahmen, die mit dem Ziel „Vorhandene Betriebe müssen gestärkt werden“ einhergehen.

Ziel „(Dezentrale) kleine Läden sind auch in Zukunft wichtig, insbesondere bei einer alternden Gesellschaft mit einer geringeren Mobilität“

In der Region gibt es mindestens 5 kleinerer Läden die in den jeweiligen Ortsteilen von Bedeutung sind. Diese Läden sollen langfristig für die Versorgung erhalten bleiben. Für die Erhaltung der kleinen Läden muss neben ganz konkreten Maßnahmen auch der entsprechende Rahmen in den jeweiligen Orten geschaffen werden. Dies bedeutet, das Leben im Ort muss attraktiv bleiben, damit die Menschen auch dort leben möchten. Dazu gehören beispielsweise Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung vor Ort aber auch eine zielgerichtete (bauliche) Entwicklung in den Orten.

Maßnahme „Mehrere kleine Läden als eine Gemeinschaft beliefern lassen oder übergeordnete Läden beliefern kleine Läden als Unterfilialen“

Eines der wesentlichen Probleme kleiner Läden ist die Belieferung mit Ware, insbesondere, wenn sie nicht großen Supermarktketten angehören. Um hier unterstützend eingreifen zu können, soll in einem ersten Schritt der Bedarf bei den kleinen Läden erfragt werden. Zudem ist es wichtig, die geplante zukünftige Entwicklung der Läden zu ermitteln. Die Durchführung beider Schritte ist

Aufgabe der Kommunen.

Maßnahme „Unternehmensberater für kleine Läden“

Ein externer Berater bietet den kleinen Läden der Region eine (kostenlose) Unternehmensberatung an. Dabei sollen alle Bereiche zu einer Überprüfung und Beratung angeboten werden, von der Prüfung der Wirtschaftlichkeit über Sortimentsüberprüfung und -beratung bis hin zur Lösung logistischer Probleme. Ansprechpartner sollen die Gewerbevereine sein, die hier als Vermittler zwischen Ladenbetreiber und Berater fungieren.

3.7 Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr

3.7.1 Ausgangssituation

Hauptfortbewegungsmittel in der Region ist das Auto. Die meisten Bürger der Region sind mit einem privaten PKW mobil. Straßen- und Parkplatzsituation ist in den meisten Fällen in einem vertretbaren Zustand, so dass hier kein großer Handlungsbedarf besteht. Wichtiges Verkehrsmittel in der Region ist auch das Fahrrad, das insbesondere durch die neue E-Bike-Welle einen neuen Auftrieb verzeichnet. Da hier der Einfluss der Kommunen groß ist, hat sich die Arbeitsgruppe „Mobilität“ intensiv mit dem Verkehrsmittel Fahrrad beschäftigt.

Der ÖPNV, insbesondere die Nutzung von Bussen, spielen in der Region eine untergeordnete Rolle. Insbesondere weniger mobile Menschen sind jedoch auf den ÖPNV angewiesen. Deswegen sind auch hierfür eine Vielzahl an Maßnahmen entwickelt worden, auch wenn der Gestaltungsspielraum der Kommunen geringer ist.

3.7.2 Ziele und Maßnahmen

Übersicht

Handlungsfeld Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr		Priorität
Ziel	Erreichbarkeiten per Fahrrad verbessern	
Maßnahme	"Ausbau der Fahrradwegesystems: Fahrradwege zwischen den Hauptorten und den Ortsteilen verbessern, Sicherheit der Fahrradfahrer erhöhen, punktuell, z.B. durch: - Hinweisschilder - innerorts 30 km/h - Nebenstraßen als Fahrradwege verwenden; PKW-Verkehr auf kleineren Straßen zu Gunsten der Radler einschränken - Neue Beläge - Bedarfsgerechte Radwege"	2
	E-Bike-Verleih, Serviceangebot für E-Bikes, auch für touristische Zwecke	2
	Leihfahrräder (wie Call-a-Bike DB) mit Geldeinwurf, App, Chipkarten o.ä.	3
	Fahrradmitnahme in den Bussen	1,5
Ziel	Ergänzende/ Alternative Fahrangebote zu ÖPNV etablieren bzw. ausbauen	
Maßnahme	„Analoge“ Mitfahrzentrale, organisiert zum Beispiel über die Bürgerhilfstellen oder ähnliche Einrichtungen	2
	Innerörtliche Fahrdienste	1
	Kleinbuslinien in Zusammenarbeit mit dem Tourismus und in größerem räumlichen Rahmen	1
	Private Carsharing-Systeme aufbauen	3

Ziel	Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen gewährleisten (Barrierefreiheit)	
Maßnahme	Lesbare und durchgehend gleichgestaltete Fahrpläne, die an den Haltestellen auch für Rollstuhlfahrer lesbar sind.	1
	Solarbetriebene Beleuchtung an Bushaltestellen	2
	Busfahrer müssen beim Ein- und Aussteigen behilflich sein, das sollte in der Öffentlichkeit bekannter werden.	1
	ÖPNV besser kennenlernen - ÖPNV-Fahrschule - Ausflüge mit dem ÖPNV	2
	Bewusstseinsbildung und Fahrstunden für Frauen und Männer, die überwiegend Beifahrer oder Beifahrerinnen sind.	2
Ziel	Flächendeckender öffentlicher Personennahverkehr im gesamten Landkreis unter Einsatz aller innovativer Ansätze	
Maßnahme	Darstellung der regionalen Position in einem Positionspapier, Übergabe des Papiers an die relevanten Stellen	1

Die Ziele und Maßnahmen im Detail

Ziel „Erreichbarkeiten per Fahrrad verbessern“

Das Fahrrad spielt im ländlichen Raum insbesondere in den Hauptorten eine Rolle. Diese Rolle soll auch zukünftig gestärkt werden, um den Bürgern unterschiedliche Möglichkeiten der Mobilität anbieten zu können. Das bereits gut ausgebaute Fahrradwegesystem soll erhalten und weiter ausgebaut werden, sofern es die Bedürfnisse erfordern. Um die Erreichbarkeit der Nahversorger per Fahrrad - auch der größeren Supermärkte - weiterhin zu gewährleisten, soll bei Planungen immer auf die Erreichbarkeit per Fahrrad geachtet werden.

Maßnahme „Ausbau des Fahrradwegesystems, Sicherheit der Fahrradfahrer erhöhen“

Neben dem weiteren Ausbau und Lückenschluss des Fahrradwegesystems in der Region soll auch die Sicherheit für Fahrradfahrer auf den Straßen erhöht werden. So kann eine Beschränkung auf 30 km/h und eine Beschilderung mit ausreichend großen Schildern, sowie die Einschränkung des PKW-Verkehrs auf Nebenstraßen zugunsten der Fahrradfahrer und die Verbreiterung der Fahrradwege vor allem im Gefahrenbereich die Sicherheit der Fahrradfahrer erhöhen. Instandhaltungsmaßnahmen, wie neue Beläge erhöhen die Attraktivität der Fahrradwege. Es ist vor allem Aufgabe der Kommunen mit dieser Maßnahme die Erreichbarkeit per Fahrrad zu erhöhen.

Maßnahme „E-Bike-Verleih, Serviceangebot für E-Bikes, auch für touristische Zwecke“

E-Bikes bieten vor allem in einer hügeligen Landschaft wie dem Voralpenland wesentliche Vorteile für eine älter werdende Bevölkerung und sie erhöhen die Attraktivität des Fahrrads als Verkehrsmittel zusehends. Zudem können mit dem E-Bike gut Bereiche der Daseinsvorsorge, vor allem der Mobilität, und touristische Bereiche verbunden werden, was sich in einer Urlaubsregion vorteilhaft auswirkt. Das Projekt „Chiemgauer Rückenwind“ des Chiemgau Tourismus e.V. zeigt bereits, wie E-Bike-Verleih touristisch funktionieren kann. Daher ist der erste Schritt der Kommunen

in der Umsetzung der Maßnahme, sich mit dem Projekt „Chiemgauer Rückewind“ vertraut zu machen. Bei der Realisierung der Maßnahme sind dann die regionalen Fremdenverkehrsvereine, Gaststätten, Fahrradgeschäfte und Tankstelleninhaber zu involvieren.

Maßnahme „Leihfahrräder (wie Call-a-Bike DB) mit Geldeinwurf, App, Chipkarten o.ä.“

Ähnlich dem E-Bike-Verleih soll in Kooperation mit Fremdenverkehrsvereinen, Gaststätten und Fahrradgeschäften ein Leihfahrradsystem entwickelt werden. In einzelnen Stationen, verteilt in der gesamten Region können Fahrräder ausgeliehen und wieder zurückgegeben werden.

Maßnahme „Fahrradmitnahme in den Bussen“

Die Mitnahmemöglichkeiten von Fahrrädern in öffentlichen Bussen soll weiter ausgebaut werden. Bei der Schaffung von Flexibus- oder Rufbussystemen im Zuge des neuen ÖPNV-Konzepts des Landkreises soll darauf geachtet werden, dass die Busse Vorrichtungen zum Fahrradtransport vorhalten. Für die nähere Umsetzung der Maßnahme werden die regionalen Busunternehmer kontaktiert.

Ziel „Ergänzende/ Alternative Fahrangebote zu ÖPNV etablieren bzw. ausbauen“

Um das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs zu stützen und etwaige Lücken besser schließen zu können, werden Maßnahmen notwendig, die flexibel und auf den individuellen Bedarf orientiert, die Mobilität der Bürger der Region gewährleisten helfen.

Maßnahme „‘Analoge‘ Mitfahrzentrale, organisiert zum Beispiel über die Bürgerhilfstellen oder ähnliche Einrichtungen“

Erfahrungen aus dem Projekt „Immermobil“ haben gezeigt, dass insbesondere ältere Bürger nur dann Mitfahrgelegenheiten nutzen, wenn ein großes Vertrauen zwischen allen Beteiligten besteht und die Hemmschwellen zur Nutzung niedrig sind. Die Bürgerhilfstellen der Kommunen genießen ein solches Vertrauen und sind als etablierte Einrichtungen (insbesondere in Kirchanschöring, Fridolfing und Taching am See) die richtige Anlaufstelle für die Organisation von Mitfahrzentralen. Ähnlich einem schwarzen Brett können hier Angebote zur Mitfahrt kundgetan werden und entsprechende Nachfragen vermittelt werden. So können einzelne Fahrten angeboten werden, aber auch regelmäßige Pendlerfahrten abgefragt und vermittelt werden. Zielgruppe auf Angebotsseite sind sowohl Arbeitspendler als auch Personen, die für Besorgungen aller Art in den nächsten Ort müssen. Auf Nachfrageseite soll die analoge Mitfahrzentrale vor allem bei Menschen beworben werden, die kein eigenes Auto zur Verfügung haben. Für alle Formen von Fahrgemeinschaften gilt es zu klären ob die Fahrzeuge, Fahrer und Mitfahrer versichert sind, bzw. sind die notwendigen Versicherungen abzuschließen.

Maßnahme „Innerörtliche Fahrdienste“

In den Kommunen Kirchanschöring und Taching am See gibt es bereits funktionierende Beispiele für innerörtliche Fahrdienste. In der Gemeinde Fridolfing ist ein innerörtlicher Fahrdienst eingeführt und im Aufbau. Die Erfahrungen aus Kirchanschöring und Taching am See können von den anderen Kommunen übernommen werden und deren Übertragbarkeit geprüft werden. Fahrdienste sollen unkompliziert und günstig sein. In Kirchanschöring kostet zum Beispiel eine Fahrt ca. 4 Euro pro Person. Den Rest übernimmt die Gemeinde. Taching am See kooperiert mit Waging am See. Dort wurde ein KfZ von der VR-Bank gesponsert, den Unterhalt des Fahrzeugs übernimmt die Kommune,

der Fahrdienst ist ehrenamtlich.

Die größte Herausforderung bei der Etablierung von Fahrdiensten ist die Suche nach geeigneten Fahrern. Zu klären ist dabei, ob Taxiunternehmen für diese Idee zu gewinnen sind, und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen.

Um die Bürgerhilfestellen zu entlasten, kann die Organisation von Fahrgemeinschaften auch auf Dienstleister und Vereine übertragen werden. Dienstleister (z.B. der Friseur) und Ärzte können bei der Organisation der An- und Abreise ihrer Kunden/Patienten unterstützen oder informieren bei der Terminvergabe über die Fahrdienstangebote.

Maßnahme „Kleinbuslinien in Zusammenarbeit mit dem Tourismus und in größerem räumlichen Rahmen“

Nach den Vorbildern von Rufbus- oder Flexibussystem (z.B. der Flexibus aus Günzburg, mehr Informationen unter: www.flexibus.net) sollen Kleinbuslinien das bestehende Bussystem ergänzen. Dabei spielt vor allem die Erarbeitung des neuen ÖPNV-Konzepts des Landkreises eine maßgebliche Rolle. Das System soll (wie der E-Bike-Verleih) mit den Anforderungen touristischer Anbieter abgeglichen werden und entsprechend aufgebaut werden. Ob dabei das Rufbussystem oder das Flexibussystem oder andere, regional angepasste Systeme den größten Effekt haben, muss weiter analysiert werden.

Maßnahme „Private Carsharing-Systeme aufbauen“

Die Region ist stark vom Pendelverkehr geprägt. Für die Mobilität des Einzelnen ist derzeit ein Auto von großer Bedeutung. Um den Fahrzeugbestand in der Region jedoch nicht weiter erhöhen zu müssen, und die vorhandenen Fahrzeuge optimal zu nutzen, kann ein Carsharingsystem aufgebaut werden. Inhalt und mögliche Umsetzung des Systems ist in den nächsten Schritten zu definieren.

Ziel „Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen gewährleisten (Barrierefreiheit)“

Mobilität ist für alle Bevölkerungsgruppen von hoher Bedeutung, für Menschen mit Behinderung und Ältere genauso, wie für Menschen ohne Behinderung. Beschränkungen im Öffentlichen Personennahverkehr können jedoch dazu führen, dass die Mobilität dieser Personengruppen eingeschränkt ist. Es ist daher Aufgabe der Kommunen insbesondere bei baulichen Anlagen auf ihre Barrierefreiheit zu achten, aber auch Hemmschwellen bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs abzubauen.

Maßnahme „Lesbare und durchgehend gleichgestaltete Fahrpläne, die an den Haltestellen auch für Rollstuhlfahrer lesbar sind“

Die unterschiedliche Gestaltung der Fahrpläne an den Haltestellen in der Region stellt vor allem Rollstuhlfahrer vor Herausforderungen. Hier können die Kommunen ansetzen und durch eine gleichmäßige Gestaltung der Fahrpläne für eine durchgehende Barrierefreiheit sorgen. Die Busunternehmen müssen dabei entsprechend informiert und eingebunden werden.

Maßnahme „Solarbetriebene Beleuchtung an Bushaltestellen“

Beleuchtung an den Haltestellen kann die oben genannte Maßnahme noch unterstützen und zudem dazu beitragen, die Sicherheit zu erhöhen. Diese Maßnahme kann durch die Kommunen realisiert werden.

Maßnahme „ÖPNV besser kennenlernen“

Über Aktionen sollen die Möglichkeiten des ÖPNV insbesondere älteren Bürgern näher gebracht werden, um so Hemmschwellen abzubauen. Dazu gehören beispielsweise Schwierigkeiten beim Einsteigen in den Bus. Dies kann einfach beseitigt werden, da Busfahrer beim Ein- und Aussteigen behilflich sein müssen, was in der Öffentlichkeit bekannter werden sollte.

Mögliche Aktionen wären, eine „ÖPNV-Fahrschule“, die mit interessierten Senioren einen Tag lang die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Region und darüber hinaus übt. Dies kann beispielsweise verbunden werden mit Ausflügen mit dem ÖPNV zu nahegelegenen Ausflugszielen, organisiert von den Behinderten- und Seniorenbeauftragten der Kommunen oder anderen ehrenamtlich Engagierten. Informationen über die ÖPNV-Nutzung sowie über Ausflüge mit dem ÖPNV können über die Gemeindeblätter verteilt werden.

Maßnahme „Bewusstseinsbildung und Fahrstunden für Frauen und Männer, die überwiegend Beifahrer oder Beifahrerinnen sind, z.B. Info Gemeindeblatt“

Für Personen, die trotz Fahrerlaubnis lange Zeit nicht darauf angewiesen waren, kann die fehlende Fahrpraxis zum Problem werden. Hier soll durch Information Abhilfe geschaffen werden, um in einem ersten Schritt eine frühzeitige Bewusstseinsbildung zu erreichen und dann in einem zweiten Schritt die Fahrpraxis dieser Zielgruppe individuell trainieren zu können. Fahrschulen bieten dazu passende Angebote an.

Ziel „Flächendeckender öffentlicher Personennahverkehr im gesamten Landkreis unter Einsatz aller innovativer Ansätze“

Das Thema „öffentlicher Personennahverkehr“ reicht weit über die Region hinaus und kann nur im gesamten Landkreis angegangen werden. Die Region wird sich aber dafür einsetzen, dass die im Rahmen der Regionalstrategie herausgearbeiteten Ansprüche an den ÖPNV entsprechend Geltung verschafft wird.

Maßnahme „Darstellung der regionalen Position in einem Positionspapier, Übergabe des Papiers an die relevanten Stellen“

Um die Ansprüche der Region an den ÖPNV gebündelt darstellen zu können, wurde ein Positionspapier erarbeitet, das an alle relevanten Adressaten weitergereicht wird.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Der demografische Wandel und vor allem die Auseinandersetzung damit ist ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Zwar sind die Probleme im Vergleich zu anderen Regionen bei Weitem nicht so gravierend wie manch einer annehmen mag, aber die Beschäftigung und die Sensibilisierung auf das Thema ermöglichen den Kommunen bereits jetzt zu reagieren, so lange sie noch handlungsfähig sind und den entsprechenden Gestaltungsspielraum nutzen können.

Die Ziele und Maßnahmen dieser Regionalstrategie helfen vor allem, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren, da die Zukunft, trotz aller Prognosen, immer ein wenig ungewiss bleiben wird. Nichtsdestotrotz ist die Regionalstrategie ein wichtiger Schritt, will man sich langfristig auf die Veränderungen einstellen.

Wichtig ist nun die Umsetzung der Maßnahmen. In allen Handlungsfeldern existiert mit ihren unterschiedlich priorisierten Maßnahmen eine Reihenfolge zur Umsetzung, die als Leitfaden angesehen werden kann. Ihre Verbindlichkeit hat die Regionalstrategie über die Gemeinderatsbeschlüsse erlangt. Damit ist ein erster wichtiger Schritt in die Umsetzung der Maßnahmen getan. Dem werden nun weitere Schritte folgen, um den aktuellen und auch den zukünftigen Herausforderungen weiterhin gerecht zu werden.